0341 . 30 68 235

GAMMA

3/03
17.Februar 2003
#126

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Antisemitismus

Leipzig, 14.2. Der Alte Jüdische Friedhof im Stadtteil Euritzsch wurde geschändet. Die vier Täter warfen 30 Grabsteine um. Sie wurden noch auf dem Friedhof festgenommen. (LVZ 17.2.)

Erfurt, 29.1. Die Staatsanwaltschaft hat den ehemaligen Landesvorsitzenden des thüringischen Bundes der Vertriebenen, Paul Latussek, wegen Volksverhetzung angeklagt. Ihm wird eine Passage in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Verbandstag am 9.11.2001 in Arnstadt zur Last gelegt, in dem er in einem Atemzug von "Lügen über Katyn und Jedwabne und die Aussagen über die Opfer in Auschwitz" gesprochen hat, die nicht zu halten seien. In Auschwitz habe es nicht sechs Millionen, sondern 930.000 Opfer gegeben. Latussek war daraufhin seines Amtes enthoben worden.

Bensheim. Vor kurzer Zeit wurde das Synagogendenkmal geschändet. Mit einem Stein, der am Tatort zurückgelassen wurde, haben die Täter mehrmals vergeblich versucht, die aus Panzerglas bestehende Scheibe, hinter der sich ein Bild der Erbauung der Synagoge befindet, einzuwerfen. (Jugendbündnis gegen Rassismus Bergstrasse)

Deutsche Flüchtlingspolitik

Berlin, 10.2. Im Abschiebegefängnis Köpenick verschärft sich die Lage zusehends. Ein 28jähriger Russe versuchte, sich zu erhängen. Er war einer der Abschiebegefangenen, die seit vier Wochen mit einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen protestieren. Zurzeit befindet er sich auf der Intensivstation und wird künstlich beatmet. In einem Brief hatte er vor der versuchten Selbsttötung erklärt: »Ich kann nicht verstehen, warum wir festgehalten werden.« Er habe weder in der Heimat noch hier Vorstrafen. Auch habe er vor Gericht darum gebeten, man möge ihn in die Ukraine schicken.

Über 60 Häftlinge nahmen ihren Hungerstreik wieder auf, den sie bereits am 20. Januar begonnen, aber nach Zusagen von Innensenator Ehrhart Körting, die Haftbedingungen zu verbessern, und der Gefängnisleitung nach einigen Tagen unterbrochen hatten. (jW 12.2.)

Großauheim. Eine kurdische Familie soll Ende des Monats in die Türkei ausgewiesen werden. Sie war vor mehr als sechs Jahren wegen politischer Verfolgung aus der Türkei geflüchtet.

Frankfurt/M., 4.2. Die Polizei hat eine Unterkunft gerazzt, in der sich 21 Männer und sechs Frauen aufhielten, die vermutlich aus China stammen und keine Aufenthaltserlaubnis vorweisen konnten. Die Razzia kam nach dem Tipp eines Taxifahrers. Der nahm an der Raststätte Weilbach vier Personen auf, die das Haus als Fahrtziel genannt hatten. Nachdem er die vier abgesetzt hatte, informierte er die Polizei...(FR 5.2.)

Frankfurt/M., 4.2. Bei einer groß angelegten Personenkontrolle mit Schwerpunkt auf den Frankfurter Bahnhöfen haben Polizei und Grenzschutz am vergangenen Dienstag die Papiere von 260 Menschen überprüft. Man sei auf der Suche nach illegal hier lebenden Ausländern und Straftätern gewesen, wie die Polizei mitteilte, und sei auf 32 Tatverdächtige gestoßen. Ein Türke und ein Ecuadorianer sind bereits am nächsten Tag abgeschoben worden. 14 weitere Personen sitzen in Abschiebehaft oder Untersuchungshaft. Asylbewerber, die "ihre räumlichen Auflagen missachtet haben", wurden angezeigt.

Naziübergriffe

Rottenburg, 9.2. Nach einem ausländerfeindlichen Brandanschlag hat die Polizei zwei Jugendliche festgenommen. Die Beiden gaben zu, dass sie am Abend zuvor zwei Brandflaschen auf die Fenster eines Hauses geworfen hatten, in dem ein türkisches Ehepaar wohnt. Die Bewohner, die seit 35 Jahren in Deutschland leben, wurden im Schlaf überrascht – die Frau erlitt einen Schock. Nach Polizeiangaben wurde am Tatort auch ein Stofftuch mit Nazi-Symbolen gefunden. Die Nazis wurden wegen versuchten Mordes in U-Haft genommen.

Schönebeck, 8.2. Eine Gruppe Nazis hat vier Jugendliche überfallen und krankenhausreif geprügelt. Die vier Opfer im Alter zwischen 18 und 21 Jahren seien in der Nacht zu Sonntag auf offener Straße ohne ersichtlichen Grund attackiert worden. Demnach schlugen rund zehn Angreifer zwei Frauen und zwei Männer zunächst nieder und traten anschließend gegen die Köpfe der am Boden liegenden Opfer. Die jungen Leute seien mit Kopfverletzungen in Krankenhäuser gebracht worden. Bislang wurden 14 Tatverdächtige ermittelt, die zwischen 16 und 29 Jahre alt sind. Sie sollen zur rechten Szene gehören. (FR 11.2., 12.2.)

Berlin, 8.2. Ein am 8. Januar bei einem türkischen Friseur in Reinickendorf (Berlin) eingegangener Drohbrief stammt mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Mitarbeiterin der Innungskrankenkasse (IKK). Einem Mahnschreiben der Krankenkasse lag ein Zettel mit der Aufschrift bei: »Zahl endlich du scheiß Kanake, sonst schneiden wir dir deinen dreckigen Schwanz ab.« Der Mitarbeiterin, die die Vorwürfe bisher bestreitet, droht die fristlose Kündigung.(JW 12.2.)

Rosenthal (Sächische Schweiz), 31.1. Nachdem eine Geburtstagsfeier bereits im Verlauf des Abends gestört worden war, rückte kurz nach Mitternacht eine grössere Nazigruppe an. Diese provozierte zunächst die Gäste, später schlugen einige Täter auf mehrere Personen ein. Durch Fußtritte und Faustschläge wurden vier Personen verletzt. Ein 20 Jahre alter Geschädigter musste in einem Dresdner Krankenhaus behandelt werden. (LKA Sachsen)

Kamenz, 16.1. Mehrere Nazis attackierten einen 31jährigen Libyer mit Baseballschlägern, Holzknüppeln und Fußtritten. Weitere Ausländer konnten sich nur durch Flucht vor Gewaltattacken retten. Zwei Verletzte mussten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die Faschos, die auch für die Übergriffe am 19.12. und am 3.1. in Kamenz verantwortlich sein sollen, wurden ermittelt, bei ihnen wurden verschiedene „Schlagwerkzeuge", Messer u.a. Waffen sichergestellt. (LKA)

Naziaktivitäten und Gegenaction

Heilbronn, 15.2. Drei JN-Aktivisten, die auf einer Friedensdemo Flyer verteilen wollten, wurden von Antifas aus der Demo „geschmissen" und ihnen das Propagandamaterial abgenommen. (indymedia)

Dresden, 15.2. Gegen den Naziclub Thor, der aufgrund antifaschistischer Intervention demnächst schließen wird, gab es vor Ort eine Kundgebung mit ca. 100 TeilnehmerInnen.
Rund 200 Nazis nahmen annähernd gleichzeitig an einem Aufmarsch, der das Thor unterstützen sollte, teil. Sie marschierten durch die Innenstadt, unter den Rednern befanden sich Peter Borchert (Club88 Neumünster) und Lutz Giesen (Kameradschaftsszene Berlin). Der Aufmarsch wurde von Antifas gestört, die Polizei hielt sie jedoch von den Nazis fern.

Dresden, 13.2. Zwischen 900 und knapp 1.000 Nazis nahmen am Aufmarsch anläßlich der Bombardierung der Stadt im 2.Weltkrieg teil. Die Stadt Dresden hatte eine Allgemeinverfügung erlassen, die außer der Gedenkveranstaltung vor der Frauenkirche keine Versammlung im unmittelbaren Innenstadtbereich zuließ. Betroffen war vor allem eine am Neumarkt angemeldete Kundgebung der "Initiative gegen Geschichtsrevisionismus". Der Aufmarsch der neonazistischen "Jungen Landsmannschaft Ostpreussen" (JLO), die in enger Kooperation mit den Betreibern des "Klub Thor" veranstaltet wurde, konnte dagegen ohne wesentliche Beeinträchtigung stattfinden. Das Ordnungsamt berief sich dabei auf "Religionsfreiheit". Die Route der Nazis wurde lediglich geändert – sie mußten größtenteils auf der Neustädter Seite laufen. Vor und nach dem Aufmarsch kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Nazis verletzt wurden und eine Straßenbahn entglast.
Die Polizei nahm insgesamt 18 Leute fest, die sie der linken Szene zurechnete. Gegen vier von ihnen wurde mittlerweile Untersuchungshaft verhängt, allen Festgenommenen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.
Beim Gedenkgebimmel vor der Frauenkirche wurden Menschen, die eine andere Meinung zu den Geschehnissen hatten, während denen damals immerhin die letzten noch lebenden Dresdner Jüdinnen und Juden und ZwangsarbeiterInnen fliehen konnten, von der Polizei drangsaliert. Einige Leute, die Sektflaschen öffneten, wurden herausgegriffen und durchsucht. In der Altstadt wurden – für die Gedenkveranstaltung gut sichtbar – Feuerwerksraketen gezündet.

Gelsenkirchen, 10.2. Auf einer Kundgebung, die von einem maßgeblich von der MLPD getragenen »Bündnis gegen den Irak-Krieg« organisiert wurde, hatten sich bereits zu Beginn zehn Nazis aus der örtlichen »Freien Kameradschaft« mit einem Transparent mit der Aufschrift »Frieden für Deutschland - Keine Stimme den Kriegsparteien!« am Rednerpult postieren können, ohne auf nennenswerte Gegenwehr zu stoßen. Erst nach dem Protest einiger Antifaschisten verdeckten Mitglieder des Bündnisses das Transparent der Neofaschisten und entrissen es ihnen dann.

Essen, 8.2. 25 Nazis wurden vorübergehend festgenommen, nachdem sie eine Demonstration "Gegen den alltäglichen Rassismus" gestört hatten. Laut Polizei waren sie Platzverweisen nicht nachgekommen. (Siehe auch left-action)(FR 10.2.)

Chemnitz, 8.2. Ca. 400 Antifas waren gegen den Kameraden-Aufmarsch (Worch) am Start, daneben demonstrierten ca. 4.500 BürgerInnen ebenfalls gegen die Nazis. Während Worch selbst geraume Zeit auf der Autobahn im Stau verbrachte, blockierten Antifas und BürgerInnen die Route der 400 Nazis, unter denen sich u.a. die "Borussenfront Dortmund", "Kameradschaft Saarlautern", Kameraden aus dem Raum Frankfurt/Main und Sachsen-Anhalt, "Kameradschaft Northeim", "Nationaler Beobachter Halle" sowie einzelne bekannte Regional-Nazi-Kader wie Sven Liebich und Alexander Kleber befanden.
Nach Überqueren einer Kreuzung wurde der Nazi-Aufmarsch aus dem angrenzenden Park heraus massiv mit Schnee-, Eis- und anderen Wurfgeschossen eindeckt. Kurz darauf beschwerte sich die Versammlungsbehörde über das Skandieren der Parole "Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht". Worch wehrte sich dagegen erfolgreich mit der Drohung, dann "seine 5-700 Kameraden in die Innenstadt zu schicken", durfte also die Demo zu Ende bringen. Obwohl – bezeugterweise– die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ gerufen worden sein soll, griff die Polizei nicht ein.
Es kam weiterhin zu erfolgreichen Störungen durch Antifas, die sich allerdings dann verstärkt mit Bullen auseinandersetzen mußten. Letztere kappten zum Schluß die Kabel des AJZ-Lautsprecherwagens. Die Bullen entschuldigten sich am Abend für den unverhältnismäßig gewalttätigen Ausfall gegen den Lauti. Insgesamt wurden 14 bis 15 Linke in vorübergehenden Gewahrsam wegen Schneeball- und Flaschenwurf genommen.

Magdeburg, 8.2. Nach eigenen Angaben rund 100 Nazis sind vom Neustädter Platz zum Uniplatz marschiert. Sie wollten angeblich dagegen protestieren, dass einer der ihrigen tags zuvor zusammengeschlagen worden war.
Gleichzeitig demonstrierten mehrere Hundert Menschen auf der Gedenkdemo anläßlich des Todestages des von Nazis Ermordeten Frank Böttcher.

Backnang (Rems-Murr-Kreis), **7.2.** Bei einer Razzia in einer Skinhead-Kneipe sind in der Nacht zum Samstag mehrere Nazi-Abzeichen, CD mit rechtsextremer Musik und NS-Schriften sichergestellt worden. (garfield 10.2.)

Heidelberg. Am Rande einer Veranstaltung zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ wurde Günther Deckert, ex-NPD-Chef (und Möchtegern-Nazizentrums-Betreiber im sächsischen Gränitz), mit Tränengas attackiert. Er war wahrscheinlich auf dem Weg zu der Veranstaltung, auf der der Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein zum Thema „Rechtsextremismus“ referierte. (garfield)

Dortmund, 29.1. Über 60 AntifaschistInnen haben vor dem Wohnhaus des Sängers der Neonaziband »Oidoxie«, Marko Gottschalk, im Stadtteil Brechten eine Kundgebung abgehalten.
Aufgrund der Aktion sammelten sich noch am selben Abend über 45 Neofaschisten und marschierten »spontan« unter dem Motto »Stoppt linke Hetze - gegen Kriminalisierung und Willkürmaßnahmen von national gesinnten Leuten« auf. (jW 7.2.)

Anti-Antifa-Webseite

Dresden. Ende Januar war für kurze Zeit eine website online, auf der u.a. Fotos von AntifaschistInnen, "Volksverrätern" und "Rädelsführern", dazu einige Namen und Adressen bzw. sonstige Informationen zu sehen waren. Sie war unter verschiedenen Domainnamen immer nur kurze Zeit online, da sie vom Provider aufgrund von Beschwerden regelmäßig wieder gelöscht wurde.

Urteile gegen Nazis

Heppenheim, 10.2. Wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (sowie wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis...) wurde ein 25-jähriger zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Arbeitslose hatte lautstark die Worte „Bei Adolf wäre das nicht passiert“ und „Das waren die Juden“ und „Kauft nicht mehr bei Juden ein!“ sowie „Heil Hitler“ und „Sieg heil“ gebrüllt und zeigte dabei auch den Hitlergruß. Anlaß war der Ausfall eines Fußballspiels am 12.9.2001 aufgrund der Ereignisse einen Tag vorher.

10.2. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Entscheidung des Rostocker Landgerichts, mit der Manfred Roeder im Juli des vergangenen Jahres wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Haftstrafe von 21 Monaten verurteilt wurde, bestätigt. Anlass für die Verurteilung des 73-Jährigen war seine Wahlkampfrede im Januar 1998 auf einem NPD-Bundesparteitag in Stavenhagen in Mecklenburg-Vorpommern. Roeder

hatte unter anderem den ehemaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, als "Großmaul" und als "Gauleiter Bubis" beschimpft. Die Zuwanderung von so genannten Russlandjuden hatte Roeder als "gezielte Rassenvermischung" bezeichnet und gesagt, daß "jeder, der diese Rassenvermischung" betreibe "ein Lump, ein Teufel" sei. Der mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist hatte gegen das Urteil Revision eingelegt.

Weinheim, 6.2. Wieder mal stand der Neonazi Günter Deckert vor Gericht. Das Amtsgericht verurteilte den früheren NPD-Chef wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu je 25 Euro. Der 63-jährige hatte in einem Schreiben Juden als „Rassegenossen" bezeichnet. Deckert besucht neuerdings Jura-Vorlesungen an der Uni Heidelberg und trat bereits ohne Anwalt auf.

Gera, 5.2. Ein Jahr auf Bewährung lautete das Urteil des Amtsgeichts gegen einen 18-jährigen aus Gera. Der Auszubildende hatte im Juni vergangenen Jahres gemeinsam mit anderen einen 29-jährigen Studenten aus Ghana auf dem Geraer Hauptbahnhof zusammengeschlagen.

Berlin, 4.2. Für das Tragen eines "Gau-Dreiecks" nach dem Vorbild des Hitlerjugend-Emblems hat das Landgericht in zweiter Instanz einen 23-jährigen Sachsen zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Arbeitslose aus Hoyerswerda muss 60 Tagessätze á 15 Euro zahlen. Er hatte das schwarze Stoffdreieck mit der Aufschrift "Schlesien" im Februar 2000 in Berlin am Jackenärmel getragen. In der ersten Instanz hatte ihn das Amtsgericht zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

Waiblingen, 2.2. Das Amtsgericht hat vier Skinheads wegen des Überfalls auf einen Inder zu 18-monatigen Haft- bzw. einjährigen Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten gestanden, den Lehrer für Heilkunst im August in einem Zug mit einem Messer bedroht und ihn nach Geld durchsucht zu haben.

Rudolstadt, 2.2. Das Amtsgericht hat drei von vier Saalfelder Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu Jugend- bzw. Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt. Zwei der Angeklagten hätten am 15.4.2002 am Saalfelder Bahnhof gemeinsam einen 32-jährigen Schwarzafrikaner aus Kamerun angegriffen.

Rostock, 2.2. Wegen des Brandanschlags auf das Rostocker Sonnenblumenhaus hat das Landgericht vier Rechtsradikale zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Ein 21-jähriger soll vier Jahre und sechs Monate ins Gefängnis, ein 24-jähriger für ein Jahr und sieben Monate. Zwei 15 und 16 Jahre alte Angeklagte erhielten Jugendstrafen auf Bewährung.

Stralsund. Von sieben Nazis, die vor vier Jahren mit dem Vorsatz, „Zecken klatschen" gehen zu wollen, auf einige grillende Jugendliche losgegangen waren, wurden zwei zu Bewährungsstrafen verurteilt, die restlichen erhielten ledglich Verwarnungen. Ein weiterer konnte nicht mehr am Prozeß teilnehmen, weil er mittlerweile Meck-Pomm-typisch am Alleebaum geendet war.

Die Nazis hatten ihre Opfer damals mit Äxten und Baseballschlägern traktiert und dabei eines ihrer Opfer schwer verletzt – er trug bleibende Schäden davon. Außderdem hatten sie die Autos der Jugendlichen zerstört.

Repression

München, 7.-9.2. Nach einer Zusammenfassung des EA München ging die Polizei während der Gegenaktivitäten gegen den NATO-Gipfel massiv und ungerechtfertigt gegen TeilnehmerInnen vor. So gingen USK-Einheiten mit Knüppeln gegen Pfefferspray gegen DemonstrantInnen vor und verursachten leichte Verletzungen, am Freitag stürmte die Polizei mit einem Großaufgebot das „Convergence Center", das Info- und Treff-Zentrum der Proteste, und nahmen dort willkürlich 22 Leute fest. Der EA meinte: „Festgenommen und kriminalisiert wird immer häufiger nicht aufgrund individueller Tatvorwürfe, sondern aufgrund nicht nachprüfbarer angeblicher ‚polizeilicher Erkenntnisse', Einträgen in Polizeidateien (die nicht zuletzt bei Polizeiaktionen wie im Convergence Center entstehen) und letztendlich auch der individuellen Willkür der ausführenden Beamten." Insgesamt seien am Wochenende knapp 50 Menschen festgenommen worden. Am Samstag Abend waren alle wieder frei.

An der Protestdemo hatten ca. 25-30.000 Menschen teilgenommen, es hatte bereits am Freitag eine Kundgebung mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen gegeben. Im Anschluss wurde Tobias Pflüger, einer der Redner, wegen Aufruf zur Desertation vorübergehend festgenommen.

Jena, 4.2. Der Student, der am 26.1. in Jena von Zivibullen attackiert worden war (#2/03), hat die Beamten angezeigt. Laut Innenministerium haben aber auch die Polizisten Anzeige erstattet: wegen Widerstandshandlungen; sie kreiden ihm "nichtkooperatives Verhalten" an. Die Ermittlungen laufen.

München, 4.2. Am frühen Morgen kam es zu drei Hausdurchsuchungen in 2 Privatwohnungen angeblicher Mitglieder der Münchner Gruppe der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" sowie in den Räumen des Stadtteilladens. Anlaß war ein Flugblatt, in dem Fluggäste darüber informiert wurden, welche Konsequenzen es hätte, wenn sie sich aus Protest gegen eine Abschiebung nicht hinsetzen würde oder das Handy anlassen würden, und das Mitte Januar bei einer Aktion gegen eine Abschiebung am Münchner Flughafen verteilt worden war. Das sei angebliche Aufforderung zu Straftaten. Beschlagnahmt wurden ein Computer, Papiere und Adressenlisten. Eine Frau wurde zur ED- Behandlung und Vernehmung vorübergehend mitgenommen.

Ende der „Staats-Antifa"?

CDU und CSU plädieren dafür, die einschlägigen gegen Rechtsextremismus gerichteten Bundesprogramme mit den Namen "Civitas" und "Entimon" abzuschaffen und haben bei den Haushaltsberatungen entsprechende Anträge gestellt. Die Regierung will die Programme fortsetzen. Oppositionspolitiker denken laut darüber nach, ob man das Geld zum Kampf gegen den Islamismus umwidmen könne.

Auf Landesebene, aber auch von rotgrünen Regierungsstellen wird zunehmend Druck auf die diversen Projekte ausgeübt. (FR 11.2.)

AAB aufgelöst

Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) hat sich am **13.Februar** aufgelöst. Es soll zwei Nachfolgegruppen geben, u.a. auch wegen deren Unvereinbarkeit miteinander das Bündnisprojekts AAB beendet wurde. Die ausführliche Auflösungserklärung der einen Seite findet sich unter:
de.indymedia.org/2003/02/41283.shtml

Left action

Jena, 9.2. Ebenfalls gegen das Nazi-Haus in Jena-Lobeda (s.u.) fand eine Gewerkschaftsjugenddemo mit ca. 50 Leuten statt.

Essen, 8.2. Rund 400 Leute nahmen an eine Antifademo teil, die sich gegen die rassistischen Zustände im Stadtteil Borbeck richtete. Dort hatten Einwohner im August und September zusammen mit Nazis in der Zinkstraße eine kongolesische Familie in ihrer Wohnung unter pogromartogen Zuständen angegriffen. Wie bei solchen Demos üblich, verhielt sich die Polizei sehr repressiv gegenüber den TeilnehmerInnen, die Demo gelangte nicht bis zu ihrem angemeldeten Abschlußkundgebungsort, weil sich dort Nazis versammelt hatten.

Suhl, 1.2. Anlässlich des erneuten Nazimordes in Thüringen (siehe Gamma 2/03) demonstrierten spontan etwa 100

Menschen in der Suhler Innenstadt, um gegen Naziterror und staatlichen Rassismus lautstark zu protestieren.

Jena, 1.2. Vom Stadtteil Lobeda-Altstadt aus ging eine Demonstration in das Stadtzentrum Jenas anlässlich des 70. Jahrestages der Machtübernahme Hitlers unter dem Motto: "Nie wieder Faschismus - gegen den Aufbau rechter Schulungszentren und Treffpunkte". Ca. 400 Personen demonstrierten unter massivem Bullenaufgebot friedlich gegen das in der Jenaischen Str.25 entstehende Zentrum verschiedener rechtsextremer Gruppen. Die Demo, die auch an dem Haus vorbeiführte, strotzte vor Regionalprominenz: Bürgermeister Schwind (CDU), Uni-Rektor Prof. Dr. Meyn, Sozialdezernent Dr. Schröder, der ehrenamtliche Beigeordnete Dr. Haroske (CDU), SPD-Fraktionsvorsitzender Ullmann, PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Kaschuba und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Tänzer nahmen teil.

Daneben fand eine Spontankundgebung mit ca. 80 Leuten vor dem Haus Schleidenstr. 2 statt. Auch diese verlief ohne Zwischenfälle und löste sich nach einer halben Stunde auf. Das Haus, die sogenannte "Wilhelmsburg", wurde von Wilhelm Tell (Republikaner) gekauft und soll über den Verein Jenaische Burse an Studenten vermietet werden. Im Vorstand des Vereins sitzt u. a. der bundesweit bekannte Rechtsextremist Peter Dehoust. Die Studentenwohnungen werden in Dehousts bundesweiter Neonazi-Zeitung "Nation und Europa" per Anzeige angeboten.

Kalenda

19.2.: Prozeß gegen Nazis in Suhl (2/03)
24.2.: Hausbesetzerdemo in Berlin (2/03)
23.2.: Action gegen Nazifackelmarsch in Pforzheim (2/03)
1.3.: Naziaufmarsch für F.Busse in Bernau/Chiemsee (2/03)
8.3.: Nazireffen im Raum Suhl / Zella-Mehlis (2/03+hier)
13.-15.5.: Innenministerkonferenz in Erfurt (www.puk.de/atag)

· Neue Termine ·

„Der Nazis neue Kleider"

Der Referent Michael Weiss möchte bei der Veranstaltung am **19.Februar** um 19 Uhr die stilistischen Entwicklungen der Neonazi-Szene in den letzten Jahren verdeutlichen und außerdem die oft benutzte Symbolik der Rechten aufzeigen und erklären. Das Seminar ist Teil einer Veranstaltungsreihe zum Thema "Gegen Rassismus und Rechtsextremismus", welche in den folgenden Monaten fortgesetzt werden soll. Veranstaltungsort ist das Linxxnet in **Leipzig**, Bornaische Strasse 3d.

Naziaufmarsch und Gegenaction in Hamburg

Nazis aus dem Umfeld von Thomas Wulff und Lutz Giessen wollen am **22.Februar** durch Hamburg-Wandsbek laufen. Unter dem Titel „Antifaschistische Abseitsfalle" wird zu Gegenaktivitäten aufgerufen. Treff 9.30 Uhr S-Bahnhof Sternschanze, 10 Uhr Bahnhof Barmbek. Aktuelle Infos unter www.nadir.org, unter 040-4018971, auf indymedia und auf 93,0 Mhz UKW.

Mahngang

Am **1.März** ab 17 Uhr findet in **Weimar** ein Mahngang anläßlich des 70. Jahrestag der Machtübergabe an Hitler statt. Start ist am Rathenauplatz.

NOlympia auch in Frankfurt

Nicht zuletzt wegen der erfolgreichen Gegenkampagne scheiterte Anfang der 90er Jahre die Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele. „Was können wir von der Berliner NOlympia-Kampagne lernen, was auf die heutigen Verhältnisse übertragen?" fragen sich Leute in **Franfurt/Main**. Um das herauszufinden, haben sie sich Menschen aus Berlin eingeladen, die von ihren Erfahrungen, den damaligen Hintergründen usw berichten sollen. Es wird ein Film gezeigt, der damals an das Nationale Olympische Komitee geschickt worden war und für viel Furore gesorgt hatte.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den **5.März** um 20 Uhr im Café ExZess, Leipziger Str.91 statt.

...und in Leipzig:

NOlympia-Veranstaltung in Leipzig am **30.März** um 20 Uhr in der Galerie für zeitgenössische Kunst, Karl-Tauchnitz-Straße. Veranstaltet vom Leipziger Anti-Olympischen Komitee.

Nazitreffen bei Suhl (2)

Am **8.3.** soll – wie angekündigt – in **Suhl** die "Dritte Süd-Westthüringer Runde freier Nationalisten" stattfinden. Thema wird sein: "Wahrheit und Recht gegen Lüge und Hetze", als Redner sind Wolfgang Juchem (Aktion Freies Deutschland), Kurt Hoppe (ehem.stellv. Landesvors. der DVU), Michael Burkert (freier Nationalist) und "ein Überraschungsgast am Rednerpult" angekündigt. Dazu kommen mal wieder die Nazibarden Michael Müller, Veit und Lars Hellmich. Erwartet werden ca. 300 Personen. Gegenaktivitäten: bis jetzt keine bekannt.

Ebenfalls am **8./9.März** soll „in der Nähe der Wartburg" eine Schulung des „Deutschen Kolleg", jener Zusammenrottung der vom „Reich" besessenen Wahnies um Horst Mahler und Reinhold Oberlercher, stattfinden. Thema der obskuren Veranstaltung ist Hegels System (und die „Menschenfresser in PISA-Land"). (jW 4.2.)

Gegen Nazimord

Am Ort des Nazimordes vom 25./26.1.03 in **Erfurt** findet am **10. März** eine Kundgebung statt. Auftakt ist 17 Uhr in der Trifttraße.

das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de